

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(10. - öffentliche - Sitzung am 9. März 2023)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er bittet die Landesregierung, bis zu den Parlamentsferien im Sommer weiterhin regelmäßig zu dem Thema zu unterrichten.

2. **Gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen - Corona-Bußgelder abschaffen und zurückgeben - Niedersachsen endlich in die Normalität führen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/111](#)

Der Ausschuss stellt fest, dass bisher lediglich über den Änderungsvorschlag der antragstellenden AfD-Fraktion abgestimmt wurde. Er nimmt das Ergebnis der Mitberatung durch den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung zur Kenntnis und empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen. Damit schließt er die Beratung ab.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Illegale Migration eindämmen - Rückführungszentren einrichten, Rechts- und Sozialstaat schützen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/531](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und beschließt, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

4. **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/534](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen und beschließt, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

5. **Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und Einsatzkräfte - Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz von Geldautomaten beenden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/116](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung auf Grundlage der schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung (Vorlage 1) fort. Er beschließt, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen, und bittet die Fraktionen, die Anzuhörenden am Rande des März-Plenums zu benennen. Ferner bittet er den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen um eine schriftliche Stellungnahme zu den in seinen Aufgabenbereich fallenden Aspekten.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, den schriftlichen Bericht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, auf den in Vorlage 1 Bezug genommen und der bis April 2023 erwartet wird, in die Beratung einzubeziehen und diesen auch den Mitgliedern des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zur Verfügung zu stellen.

6. **Keine Taxifahrten für Asylbewerber auf Steuerzahlerkosten - alternative Beförderungsmöglichkeiten nutzen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/688](#)

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Antrages und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

7. **Keine staatliche Förderung von Antifa-Gewalt-Kampfsportvereinen!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/284](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

8. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss beschließt, im Juni 2023 eine Delegationsreise zu den Special Olympic World Games in Berlin zu unternehmen, und benennt die Delegierten. Er bittet die Landtagsverwaltung, die erforderliche Genehmigung der Landtagspräsidentin für die Reise einzuholen.

9. **Verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik organisieren - Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen entlasten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/46](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.

- Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.
- Landkreis Heidekreis
- Samtgemeinde Hanstedt
- Landkreis Helmstedt
- Dr. Michael Ley
- DRK-Region Hannover e. V.
- kargah e. V., Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit Hannover